



**Ansprechpartner:**  
**Norbert Buchta**  
Fraktionsvorsitzender

**Carolyn Macmillan**  
Sprecherin für Frauen und Gleichstellung

23. März 2021

## Pressemitteilung

# Stellungnahme der BVV Steglitz-Zehlendorf zu LGBTTIAQ\*-Rechten in Polen verabschiedet

Fast 100 polnische Gemeinden, Landkreise und Woiwodschaften haben sich in den vergangenen beiden Jahren zu „LGBT\*-ideologiefreien Zonen“ erklärt. Menschen, die nicht der heterosexuellen Norm entsprechen, sollen unter anderem durch Versammlungsverbote kriminalisiert werden. Auch in Poniatowa, Partnerstadt von Steglitz-Zehlendorf, wurde eine entsprechende Erklärung verabschiedet.

Am vergangenen Mittwoch einigten sich die Bezirksverordneten nach fast einem Jahr Beratung auf eine Reaktion: „Leider nur ein butterweicher Kompromiss, der keine praktische Solidarität mit der queeren Community vor Ort übt“, so Carolyn Macmillan von der SPD-Fraktion. „Für gewaltlose Kritik an Staat und Religion können Freiheitsstrafen von bis zu zwei Jahren drohen!“, erklärt die Sprecherin für Frauen und Gleichstellung. Die SPD-Fraktion setzte sich daher für eine klare Positionierung von Bezirksamt und BVV ein: „Eine Städtepartnerschaft bedeutet nicht nur Sonntagsreden, sondern kann und muss auch eine kritische Auseinandersetzung beinhalten,“ so die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ellinor Trenczek.

Anstelle eines Abbruchs der Beziehungen setzte die SPD auf einen verstärkten Austausch. Gemeinsam mit der FDP forderten die Genossinnen und Genossen eine permanente Ansprechperson im Bezirksamt für die Kommunikation mit den Partnerstädten. Kooperationen mit dem Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD) einerseits und der queeren Gemeinde in Poniatowa und Umgebung andererseits sollten gefördert werden. „Ende letzten Jahres wurde der gemeinsame Antrag leider im Frauen- und Gleichstellungsausschuss dann von den Grünen und der CDU rundheraus abgelehnt“, berichtet Trenczek enttäuscht. Um das Ziel einer fraktionsübergreifenden Stellungnahme noch zu erreichen, bemühte man sich anschließend trotz erheblicher Bauchschmerzen um einen Kompromiss mit der Zählgemeinschaft. Nicht einmal dieser – bereits sehr schwache – Kompromiss schaffte es schließlich durch die BVV: „Anstatt zum Vereinbaren zu stehen, haben die Grünen mit der CDU einen vollkommen anderen und substanzlosen Text in die März-Sitzung eingebracht“, so Carolyn Macmillan.

Entsprechend hoch her ging es am vergangenen Mittwochabend: „Da wurde sehr viel emotionaler Druck aufgebaut, selbst vor persönlichen Angriffen schreckten einige Vertreter der Zählgemeinschaft nicht zurück“, so Ellinor Trenczek. Nach langer Diskussion entschied sich die SPD-Fraktion dennoch, dem Antrag zuzustimmen: „Die von zunehmenden Repressionen betroffene Queer-Community in Polen braucht unsere Solidarität und darf nicht darunter leiden, dass CDU und Grüne parteipolitisches Kalkül in den Vordergrund stellen, anstatt zu einem gemeinsamen Handeln aller demokratischen Kräfte in der BVV zu kommen“, pflichtet auch SPD-Stadtrat Michael Karnetzki bei.

**Link zum Antrag:** <https://kurzelinks.de/v9qj>